

## Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 17.07.2017, 16:30 Uhr – 18:50 Uhr

### 2. Treffen Vernetzungsforum Barrierefreiheit

Teilnehmer: 23

Name	Vorname	Institution
Baumgartner	André	Die Linke
Beiling	Erika	Freiwilligenzentrum
Buba, Dr.	Hanspeter	BASIS-Institut
Gottwald	Monika	Stadträtin
Herden	Theresia	Behindertenrat Fürth
Himmelein	Frank	Lebenshilfe
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Kleefeld, Dr.	Frieder	Elternbeiratsvorsitzender (Clara u. Dr. Isak Hallemann-Schule)
Kopp-Büler	Agathe	
Nohr	Frank	Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenverband
Pirkl	Irmgard	Projekt ‚Schwer beschäftigt‘
Razinkas	Anja	BRK Fürth
Reimann	Siegfried	Behindertenrat Fürth
Riedel	Harald	Die Grünen
Schätzlein	Ursula	Freiwilligenzentrum
Schebesta	Birgit	
Schelter	Werner	
Steffek	Gisela	Behindertenrat Fürth, AWO
Streck	Thorsten	Behindertenrat Fürth
Tiedemann	Elena	BASIS-Institut
Vogel	Erhard	Freiwilligenzentrum
Von Ende	Caterina	Behindertenrat Fürth
Zimmer	Ute	Freiwilligenzentrum

## **Inhalt**

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba.....	2
2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba .....	2
3 Diskussion.....	3
4 Verabschiedung .....	10

### **1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba**

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 2. Sitzung des Vernetzungsforums „Barrierefreiheit“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt hat, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen. Insbesondere neue Teilnehmer des Vernetzungsforums werden aufgefordert, ihr Interesse an dem Thema „Barrierefreiheit“ darzulegen und zu erläutern, welche Chancen, Probleme oder Herausforderungen sie im Augenblick sehen. Im Anschluss daran erläutert Herr Buba kurz den Ablauf der heutigen Sitzung.

### **2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba**

Herr Buba gibt bekannt, dass aus den Gesprächen des ersten Treffens im Vernetzungsforum Barrierefreiheit von Seiten des BASIS-Instituts bereits einige Maßnahmen vorformuliert wurden. Ergänzt wurden diese Maßnahmen zudem mit Maßnahmen aus anderen Städten und Landkreisen, die auch für die Stadt Fürth interessant sein könnten. Dabei sind die Ideen aus anderen Projekten rot gekennzeichnet, während die Maßnahmen, die aufgrund des ersten Vernetzungsforums in Fürth erarbeitet wurden, schwarz markiert sind. Alle Teilnehmer bekommen am Ende der heutigen Sitzung ein ausgedrucktes Exemplar dieser Maßnahmen, welche dann in der nächsten Sitzung im Oktober noch weiter konkretisiert und ausgebaut werden. Auch digital wird der vorläufige Maßnahmenentwurf zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss daran verweist Herr Buba auf die Befragung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Fürth, deren Feldlaufzeit vor knapp zwei Wochen endete.

Insgesamt wurden 2500 Fragebögen verschickt und ungefähr 600 davon wurden ausgefüllt an das BASIS-Institut zurückgesandt, das entspricht einer Rücklaufquote von ca. 24%. Herr Buba erklärt, dass in diesem Bereich tragfähige und gut auswertbare Ergebnisse gewonnen werden können.

### **3 Diskussion**

Herr Riedel, Stadtrat der Grünen und neu im Vernetzungsforum, erklärt, dass er sich im Bereich Bau, Verkehr und Stadtentwicklung engagiert und hat die Pflegschaft für Rad- und Fußwege. Er sieht sich heute in einer passiven Rolle und möchte vor allem in Erfahrung bringen, wo Defizite bezüglich Barrierefreiheit liegen. Dabei möchte er insbesondere mehr über Themen wissen, wo mehrere Interessen zusammenlaufen. Er führt mehrere Beispiele an, die derzeit im Bauausschuss diskutiert werden, z. B. die Gestaltung der Helmstraße. Er befinde sich im intensiven Austausch mit dem Behindertenrat und Frau Kirchner. Oftmals handle es sich um Detailfragen. Derzeit sei die Stadt Fürth dabei, barrierefreie Haltestellen zu bauen. Er sieht es als Aufgabe, unterschiedliche Belange unter einen Hut bringen, d.h. Fußgänger, Rad, und Barrierefreiheit.

Herr Buba möchte von den anwesenden Parteivertretern aus der Opposition wissen, ob die regierenden Parteien mit einer Antihaltung reagieren, wenn die anderen Fraktionen etwas im Stadtrat vorschlagen. Herr Riedel antwortet, dass es einen Konflikt bezüglich einer Mittelrinne gegeben habe. Er selbst lehne alle Arten von Mittelrinne ab. Allerdings sei in der Ludwig-Ehrhard-Straße aus gestalterischen Gründen eine Mittelrinne geplant gewesen. Dagegen habe man versucht zu protestieren und habe damit eventuell Erfolg. In einer anderen Straße habe man sich entschieden, geschnittenes Pflaster und nicht Kopfsteinpflaster zu wählen. Er erläutert, dass geschnittenes Kopfsteinpflaster einen Kompromiss zwischen Denkmalschutz und Industriebelag darstelle. Außerdem habe man eine niveaugleiche Entwässerungsrinne vorgesehen.

Herr Buba bemerkt in Richtung der anwesenden Parteivertreter, dass Umweltpolitik früher ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen gewesen und nun zu einem gesellschaftlichen Allgemeingut geworden sei. Er möchte wissen, ob man diesen Prozess eventuell auch auf Inklusion übertragen könne. Herr Riedel ist der Meinung, dass man bereits dabei sei. Es handle sich zwar um einen langen Prozess, dennoch sei Inklusion bereits bei den Planungen der Stadt Fürth angekommen, wie z. B. bei Niederflurbussen ersichtlich. Lediglich Detailfragen stünden im Raum, beispielsweise sei

die Situation der Aufzüge noch schwierig. Frau Gottwald, Stadträtin von der Partei „Die Linke“, bestätigt, dass Inklusion in Fürth ein Thema sei. Sie habe letztes Jahr ein Seminar zum Thema „Behinderung im öffentlichen Raum“ besucht. Seitdem gehe sie anders durch die Stadt, z.B. in Bezug auf Sehbehinderung und Treppenstufen. Sie berichtet von einem Experiment im Nürnberger Hauptbahnhof, bei dem aufgefallen sei, dass die Spur für Sehbehinderte aufhöre. Sie geht davon aus, dass in der Stadt Fürth noch viel getan werden müsse. Ferner lobt sie die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien, da der Fokus hier auf der Sache liege.

Frau Pirkl vom Projekt „Schwer beschäftigt“ berichtet von ihren Bemühungen, Menschen mittelfrankenweit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Einen großen Auftrag sieht sie dabei in der Öffentlichkeitsarbeit. Im Rahmen des Projekts sei sie viel in Mittelfranken unterwegs und suche aktiv den Dialog mit der Allgemeinbevölkerung. Im Gegensatz zum Vernetzungsforum, bei dem viele Profis anwesend seien, herrsche in der Allgemeinbevölkerung noch viel Unwissenheit bezüglich Inklusion. Diese denke hierbei vorrangig an schulische Inklusion. Anders als bei der Ökologie müsse noch viel passieren, um das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Frau Kirchner (Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen) stimmt zu, dass es sich bei Inklusion um eine andere Geschichte handelt. Menschen mit Behinderung befänden sich immer am Rand, hätten aber den Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in der Gesellschaft. Sie arbeite in der Fachstelle auch mit Senioren, aber Senioren seien schon immer Bestandteil der Gesellschaft gewesen. Sie sieht die Stadt Fürth zumindest auf dem Weg. So habe sie sich kürzlich gefreut über die Installation eines akustisch-digitalen Informationssystems an einer Haltestelle. Dies habe der Kollege vom Baureferat umgesetzt.

Frau Kopp-Büler, ebenfalls neu im Vernetzungsforum, lobt die Ansätze, die sie aus dem Protokoll des ersten Vernetzungsforums entnehmen konnte. Sie plädiert dafür, Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung zu schaffen. So finde sie die Zugänglichkeit von Läden wichtig und befürworte Rampen für Läden. Allerdings müsse man auch das Rauskommen und das Bewegen innerhalb des Geschäfts berücksichtigen. Sie ruft dazu auf, mit Geschäftsleuten zu reden. Auch eine Klingel am Eingang sei nicht ausreichend. Herr Reimann vom Behindertenrat Fürth verweist auf eine Kampagne vom Zentrum Selbstbestimmtes Leben in Erlangen, das derzeit im Behindertenrat für die Stadt Fürth geprüft werde (Link im Anhang). Im Zuge der Kampagne finde eine Verteilung von Prospekten an Geschäftsleute statt. Darin werden diese aufgeklärt, dass die Hälfte der Kosten einer mobilen Teleskoprampe

übernommen werden. Frau Kopp-Bühler spricht die Probleme mit Aufstellern vor Geschäften an. Frau Kirchner berichtet von einer Fortbildung zur Sensibilisierung für städtische Mitarbeiter. Dabei hätten sich Rollifahrer in der Fußgängerzone umgeschaut und hätten ein Bekleidungsgeschäft besucht. Dabei habe es zunächst Probleme mit der Größe der Umkleidekabine gegeben. Dieses Beispiel verdeutliche, dass man immer mitdenken müsse, auch den Servicegedanken. Sie selbst als Mensch mit Sehbehinderung vereinbart vorsichtshalber Termine. Dadurch sei ihr nicht die Spontanität und gleichberechtigte Teilnahme gegeben. Dennoch ist ihr klar, dass nicht alles auf einmal möglich ist.

Frau Herden vom Behindertenrat berichtet von einem neuen Geldautomaten der Raiffeisenbank in einem Häuschen. Zwar sei der Automat selbst barrierefrei, allerdings sei ihr der Zugang aufgrund der geringen Breite des Häuschens nicht möglich. Frau Schätzlein vom Freiwilligenzentrum erwähnt in diesem Zusammenhang ein Problem mit Kinderwägen in der Sparkasse. Diese habe sich immer sehr kooperativ gezeigt. Frau Kirchner weist darauf hin, dass die Stadt an solchen Projekten nicht beteiligt ist, da sie privat sind.

Herr Riedel möchte wissen, wie die Verfahrensweisen bei Privatprojekten ist. Frau Kirchner antwortet, dass die Stadt bei öffentlich zugängliche Gebäuden wie Kirchen oder Arztpraxen beteiligt werden muss. Derzeit werde die Bauaufsicht sensibilisiert. Gaststätten im Bestand seien privat. Diesen könne man Hilfen und Tipps für den Umbau anbieten. Herr Buba fügt hinzu, dass alle öffentlich zugänglichen Gebäude und Veranstaltungen der Barrierefreiheit unterliegen, diese aber nicht geprüft werde. Frau Kopp-Bühler kritisiert, dass die Behindertenbeauftragte oftmals nicht in die Planungen einbezogen wird. Frau Kirchner beschwichtigt, dass die Stelle der Behindertenbeauftragten erst wieder seit zwei Jahren existiere und dass oftmals kein böser Wille von den Privaten ausgehe. Es handle sich um einen Lernprozess. Zudem stoße sie häufig auf offene Ohren.

Frau Kopp-Bühler erläutert die Problematik von behindertengerechten Toiletten, bei denen der Radius zwar eingehalten sei, es aber keinen Platz für seitliches Anfahren gebe. Viel Geld werde dabei fehlinvestiert. Trotz des Vorhandenseins der Beratungsstelle der Bayerischen Architektenkammer würde diese von Architekten häufig nicht in Anspruch genommen.

Frau Gottwald informiert über eine Städteapp, in der Sehenswürdigkeiten der Stadt angezeigt werden. Sie gab dem Entwickler den Hinweis, dass man Informationen über

Barrierefreiheit einbeziehen könnte. Diese Idee wurde vom Appentwickler dankbar angenommen.

Herr Baumgartner von der Partei „Die Linke“ stellt fest, dass man gerade in Verwaltung häufig aufklären müsse. Er plädiert dafür, die Raiffeisenbank auf die angesprochene Problematik hinzuweisen. Zudem kritisiert er, dass Denkmalschutz oftmals vor Barrierefreiheit gestellt werde. Herr Riedel entgegnet, dass für ihn die Verlegung von geschnittenem Kopfsteinpflaster im Vergleich zu Katzenkopfsteinpflaster ein Erfolg darstelle. Frau Razinskas vom BRK Fürth verweist auf die App und Webseite von wheelmap, die über Barrierefreiheit in Fürth informiert. Herr Reimann berichtet, dass er vor zwei Jahren diese App ausprobiert habe und Daten eingegeben habe. Diese seien allerdings von Benutzern nach kurzer Zeit wieder verändert worden. Aus diesem Grund stuft er die App als sinnlos ein. Frau Kirchner ergänzt, dass Barrierefreiheit in der App in Form von den drei Ampelfarben angezeigt wird. Diese Kriterien sagen ihrer Meinung aber nichts aus und liefern keine verlässlichen Angaben. Im Gegensatz dazu wende die Seite „Hürdenlos“ ein anderes System an (Link im Anhang). Dort seien Kriterienkataloge vorhanden. So bestünde z. B. die Möglichkeit, die genaue Türbreite einzugeben. Anschließend erfolge eine Auswertung hinsichtlich Barrierefreiheit. In Erlangen werde das System gemeinsam von Ehrenamtlichen von „AKTIVSENIOREN“ und von anderen Menschen mit Behinderung unterhalten. Diese würden vorher geschult und qualifiziert und dann gemeinsam durch die Stadt gehen. Ziel sei dabei die Erfassung und die Beratung bei Umbauwünschen. Obwohl sie zunächst begeistert vom System war, sieht sie in der Eingabemaske ein Problem. Sie erläutert die Problematik anhand des Beispiels der Türbreite, bei der allein die Zentimeterangabe als Einstufung für die Barrierefreiheit zu Rate gezogen werde, obwohl ein E-Rolli unter Umständen dennoch durchkommen würde. Dennoch lobt sie das System und hofft auf eine ähnliche Umsetzung in Fürth zusammen mit dem Freiwilligenzentrum. Ferner schlägt sie die Gründung von Audit-Gruppen nach dem Vorbild anderer Kommunen vor. Diese würden ähnlich wie die Hürdenlos-Gruppen mit Ehrenamtlichen arbeiten und öffentlich zugängliche Gebäude prüfen. Sie bedauert in diesem Zusammenhang, dass im heutigen Vernetzungsforum keine Vertreter vom Bürger- und Presseamt, sowie keine Stadtplaner anwesend sind.

Herr Vogel von der Wohnraumberatung des Freiwilligenzentrums lobt das AOK-Gebäude für seinen barrierefreien Zugang. Herr Buba bittet um eine Kurzdokumentation dieses Positivbeispiels für den Aktionsplan, worum sich Frau Beiling vom Freiwilligenzentrum kümmern möchte. Herr Reimann kritisiert an der AOK, dass

diese bisher kein Schild für den Behindertenparkplatz aufgestellt habe. Frau Beiling verspricht, den Chef der Krankenkasse anzusprechen.

Der Bezirksgruppenleiter des Bayerischer Blinden- und Sehverbund Herr Nohr und Vertreter von etwa 1.300 Menschen mit Sehbehinderung, geht auf das Beispiel des guten Zugangs in die AOK ein: Zwar sei dieser Zugang gut ausgebaut für Rollstuhlfahrer, aber im Gebäude würden sich andere Probleme auch für Menschen mit anderen Behinderungsarten ergeben. So seien beispielsweise auch Indoor-Leitsysteme nötig. Er veranschaulicht die Gefahren für Menschen mit Sehbehinderung anhand seines täglichen Weges über den Friedhof, wo Inliner, Radfahrer, Blinde und Nichtblinde auf einem Weg angesiedelt sind. Zwar sei er durch den Blindenstock gut gekennzeichnet, dennoch befürwortet er die Trennung beim Bau von Wegen. Darüber hinaus weist er auf die für in kritische mangelnde Beleuchtung von Treppenstufen beispielsweise bei der VAG hin. Dieses Problem ergebe sich seiner Meinung nach auch für Senioren. Herr Riedel antwortet, dass Trennung der Wege ein schwieriges Thema sei: Wenn man einen Weg durch einen Strich trenne, seien häufig im Anschluss beide Wege zu schmal. Deshalb habe sich in der Praxis oftmals nur ein Weg, bei dem alle Teilnehmer in Fahrtrichtung rechts gehen, besser bewährt. Er schildert das Beispiel einer Verbreiterung des Weges um 1,5 Meter für die Umsetzung von zwei Wegen. Dies gestalte sich aufgrund von Bäumen am Rand als äußerst schwierig. Unter der Ludwigsbrücke würden aktuell zwei Wege zusammengelegt, da beide zu eng gewesen seien.

Herr Buba betont, dass alle Arten von Einschränkungen im Aktionsplan berücksichtigt werden müssen. Frau von Ende vom Behindertenrat fügt hinzu, dass auch gehörlose Menschen berücksichtigt werden müssen. Diese könnten zwar die Wege benutzen, sich aber im Aufzug nicht bemerkbar machen. Frau Schebesta schildert eine Notsituation, die ihr widerfahren ist, bei der sie per Telefon ihre Anliegen geschildert habe und gleichzeitig verständlich machen musste, dass sie auf Nachfragen nicht eingehen könne. Glücklicherweise habe sie dennoch Hilfe erhalten. Obwohl die Sparkasse eine Vorreiterrolle habe, gebe es dort keinen Schalter, an dem sie nicht schreien müsse. Als Hinweis könne man als Betroffener auf dem Rücken ein Ohr tragen. Frau Kirchner bemerkt, dass die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Ohrs nicht aufgeklärt sei. Frau Schebesta lobt, dass in der Kirche Induktion bereits verbreitet ist. Als nächstes ergreift Frau Steffek das Wort: Sie betont, dass ihr insbesondere die Vororte wie Ronhof und Hardhöhe ein Anliegen sind. Manche Menschen aus diesen Vororten würden gerne am Behindertenrat teilnehmen. Dies sei aber nicht möglich, weil einige

Anwohner nur Landzone haben und dies für die Fahrt in die Stadt nicht ausreiche. Es wird nachgefragt, ob diese Personen keinen Behindertenausweis haben. Frau Steffek informiert, dass es sich hierbei um Rentner handelt, die mit einem GdB von 40 keinen Anspruch auf einen Behindertenausweis haben. Zudem kritisiert sie Straßen mit tiefen Löchern. Sie möchte wissen, wer dafür die Verantwortung trägt und sich vor dieser drückt. Sie macht deutlich, dass sie seit Jahren für die Veränderung der Straße kämpft. Herr Buba bittet sie darum, im weiteren Verlauf darauf zu achten, dass die Randbereiche von Fürth im Aktionsplan angemessen berücksichtigt werden.

Frau Beiling ergreift als nächstes das Wort und berichtet von ihrer Tätigkeit in der Wohnberatung, welche unter dem Dach des Freiwilligenzentrums agiert. Frau Schätzlein, ebenfalls von der Wohnberatung, führt weiter aus, dass man sich in der Beratung beim Antrag z. B. eines Treppenlifts, Rampe oder Aufzug beraten lassen kann. Man begleite Projekte komplett von der Antragsstellung bis zur Umsetzung. Die Anfragen kämen dabei über das Freiwilligenzentrum oder durch Mundpropaganda. Herr Buba verweist auf Erkenntnisse aus dem Vernetzungsforum Wohnen, wonach die Wohnberatung sogar Geld verteilen kann, das Angebot aber noch viel zu unbekannt sei. Frau Schätzlein merkt an, dass es wenig Pflegeplätze gibt und es immer aktueller werde, dass Menschen immer länger daheimbleiben und man diesen helfen müsse.

Frau Zimmer, Leiterin des Freiwilligenzentrums Fürth, erläutert, dass die Wohnberatung direkt zum Start des Freiwilligenzentrums aufgebaut wurde. Sie sieht sich am heutigen Tag im Vernetzungsforum als neugierige ZuhörerIn. Sie führt aus, dass sie beraten kann und unterstützen wolle. Allerdings habe das Freiwilligenzentrum selbst keine behindertengerechte Einrichtung: So seien die Räume durch Treppen erreichbar und auch die Toilette nicht barrierefrei zugänglich. Bestimmte Gegebenheiten seien aufgrund des Denkmalschutzes nicht änderbar. Ideen seien vorhanden und man müsse daran arbeiten. Frau Steffek kritisiert das Fehlen eines barrierefreien Zugangs und Aufzugs. Herr Buba möchte wissen, wie die Gewinnung von Ehrenamtlichen funktioniert. Frau Zimmer erläutert, dass zunächst eine Verabredung mit dem potenziellen Kandidaten im Freiwilligenzentrum oder bei eingeschränkter Mobilität im Café erfolge. In einem etwa einstündigen Gespräch erörtere man gemeinsam die Fähigkeiten, Möglichkeiten und was der Person Spaß bringen würde. In Fürth gebe es 100 Angebote aus 80 Einrichtungen, bei denen man sich engagieren könne. Davon seien nicht alle Angebote behindertengerecht. Die Finanzierung des Freiwilligenzentrums erfolge zur Hälfte durch die Stadt und zur anderen Hälfte durch Fördergelder (u. a. Spenden). Herr Buba fragt nach, ob Ehrenamtliche für ihre Tätigkeit



entlohnt werden. Abgesehen von Aufwandsentschädigungen verneint Frau Zimmer die Frage. Vielmehr sei es wichtig, eine Tätigkeit zu finden, die der Person Spaß mache. Das Nichtvorhandensein von Bezahlung sei eine bewusste Entscheidung, da man keine Arbeitsplätze ersetzen wolle. Allerdings sei man etwas flexibel und überlege jeden Einzelfall. Zum Teil würden auch Menschen ohne Geld ehrenamtlich arbeiten wollen. Bei ihnen seien allerdings eher finanziell abgesicherte Rentner aktiv. Frau Gottwald lobt in diesem Zusammenhang einen Pass, den Fürth an Ehrenamtler ausgibt und diese dadurch Vergünstigungen erhalten. Herr Buba verweist auf das Riedlinger Modell einer Seniorengenossenschaft (Link im Anhang), wo Ehrenamtliche auf bezahlter Basis ihre Tätigkeit ausführen. Alternativ können sich diese Zeitgutscheine ausstellen lassen und selbst Leistungen in Anspruch nehmen. Dies sei von besonderer Bedeutung, da es in Zukunft immer mehr Rentner geben werde. Um Konflikte zu vermeiden, seien Agreements mit ortsansässigen Unternehmen getroffen worden. Es handle sich hierbei also um eine dauerhafte, verlässliche Lösung. Frau Zimmer stimmt zu bezüglich der Verbindlichkeit. Sie schließt nicht aus, dass man sich an das Bedürfnis anpassen werde.

Frau Kirchner zeigt das Problem auf, dass der Erhalt von Unterstützung mit viel bürokratischem Aufwand verbunden ist, wie z. B. das Beziehen von persönlichem Budget fürs Einkaufen. Sie erlebe in der Beratung, dass die Hürde oftmals nicht genommen werden kann. Insbesondere spontane Lösungen seien schwierig. Sie führt ihr eigenes Beispiel an, wonach ihr Keller nach einem Wasserschaden entrümpelt werden muss. Sie könne sich die Unterstützung organisieren, weil sie über ein gutes Netz verfüge. Aber dies sei nicht jedem möglich und Verlässlichkeit sei insbesondere für Menschen mit Behinderung wichtig. Sie habe aber auch andere Menschen im Blick, z. B. Senioren. Sie regt an, sich mit dem Freiwilligenzentrum in Verbindung zu setzen.

Herr Buba teilt den TeilnehmerInnen die vorformulierten Maßnahmen aus.

Er vermerkt, dass bei der Maßnahme „Gestaltung des öffentlichen Raums – Realisierung des Projekts ‚Hürdenlos‘“, das Projekt in Fürth nur „angelehnt z. B. an das Projekt „Hürdenlos““ sein soll. Zudem sollen Ortsteile stärker angesprochen werden.

Frau Beiling steht dafür ein, die Wohnberatung mehr im Aktionsplan zu erwähnen. Frau Kirchner erklärt, dass das Ziel des kommunalen Aktionsplans die Sammlung von Maßnahmen sei und es sich nicht um eine Informationsschrift über alle vorhandenen Dienste handle. Es wird angemerkt, bei den Maßnahmen zum Thema Wohnen beim Punkt Öffentlichkeitsarbeit für gute Angebote stärker auf Angebote wie die Wohnberatung zu verweisen.

Zum Abschluss möchte Frau Kirchner noch ein paar Ergänzungen vornehmen: Im Auftrag von Mitarbeitern aus der Verwaltung (Baureferat, Tiefbauamt, Gebäudewirtschaft) äußert sie den Wunsch nach Fortbildungen zum Umgang mit DIN-Normen. Schulungen dieser Art sollen allerdings nicht durch ein überteuertes Institut, sondern durch Zusammenarbeit mit Betroffenen erfolgen. Dafür bedürfe es Geld. Es wird darauf hingewiesen, dass Frau Kopp-Bühler kostenpflichtige Schulungen anbietet. Frau Kirchner fordert, dass die Stadt investieren muss. Herr Buba schlägt vor, den Fortbildungsvorschlag in die Maßnahme „Sensibilisierung der Mitarbeiter in Verwaltungseinrichtungen – bürgerfreundliche Verwaltung“ zu integrieren. Man werde in der Maßnahmenbeschreibung ausführen, dass fachspezifische Schulung angeboten werden sollen. Diese sollen einmal jährlich stattfinden.

Zudem werden Schulungen der Polizei vorgeschlagen. Ebenfalls sollen Fluchtwegekonzepte erarbeitet werden.

Darüber hinaus wird angesprochen, dass die Deutsche Bahn einen barrierefreien Zugang zu Stationen einrichten soll. Frau Kirchner berichtet, dass man in Gesprächen mit der Bahn sei. Frau Herden fragt sich bezüglich Fluchtwegen, was sie im Brandfall tun soll, wenn man den Aufzug nicht benutzen darf. Es wird zugestimmt, dass Fluchtwegskonzepte bisher komplett übersehen wurden.

Frau Pirkl betont, dass der Inklusionsgedanke für alle gesehen sollte, nicht nur für Menschen mit Behinderung. Inklusion umfasse auch Senioren und Menschen, die normale Sprache nicht verstehen. Frau Kirchner versteht diesen Punkt, hält aber fest, dass dieser Aktionsplan sich vor allem an Menschen mit Behinderung richte und dafür Förderungen erhalte. Allerdings verbessere sich die Situation durch mehr Barrierefreiheit auch für alle anderen.

#### **4 Verabschiedung**

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Das dritte Vernetzungsforum zum Thema Barrierefreiheit wird im Oktober stattfinden. Auch Ergebnisse der Befragung werden in der nächsten Sitzung vorgestellt. Die Teilnehmer werden dazu aufgefordert, sich bis dahin die ausgeteilten Maßnahmenvorschläge genau anzusehen und sich gegebenenfalls Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu notieren. Diese werden dann in der nächsten Sitzung noch genauer besprochen. Zudem schlägt Herr Buba vor, bei Bedarf und Zustimmung der Teilnehmer noch eine

vierte Sitzung zum Thema Barrierefreiheit anzubieten. Er wünscht allen Anwesenden nun noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll  
Elena Tiedemann  
BASIS-Institut

**Links:**

**Kampagne vom Zentrum Selbstbestimmtes Leben in Erlangen:**

<https://www.zsl-erlangen.de/inhalt/eine-rampe-f%C3%BCr-eine-stufe>

**Seite Hürdenlos:**

<http://www.huerdenlos.de/>

**Riedlinger Modell**

<http://www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm>